Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 36 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.
Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichniß. — Tabellarischer
Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung praenumerando
oder durch Postvorschuß.

№ 190. Dienstag den 9. Juli 1878. 72. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Ein der **stillen Wuth** verdächtiger Hund ist hier am 25. vor. Mts. der hiesigen Veterinär-Klinik übergeben worden und daselbst am 29. dess. Mts. vermuthlich an dieser Krankheit verendet.

Die angestellten Erörterungen haben ergeben, daß der gedachte Hund vor seiner Einlieferung in die genannte Anstalt nur wenig auf die Straße gekommen, nach Eintritt verdächtiger Erscheinungen aber nicht ohne Beaufsichtigung gelassen und am Tage darauf bereits in diese Anstalt gebracht worden ist.

Von Anordnung besonderer Maßregeln wollen wir zur Zeit absehen, bringen aber, da das Auftreten dieser Hundekrankheit zu großer Vorsicht mahnt, diesen Vorfall mit der Aufforderung an alle Hundebesitzer hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, ihre Hunde sorgfältig zu beobachten und bei Wahrnehmung verdächtiger Erscheinungen an denselben sogleich das Nöthige vorzukehren und bei uns Anzeige zu erstatten.

Leipzig, den 5. Juli 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß in den Nächten vom 8. zum 9. und vom 9. zum 10. Juli d. J. die Hauptröhren und von da ab die Zweigröhren der städtischen Wasserleitung gespült werden.

Leipzig, den 4. Juli 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Bekanntmachung.

Nachdem wir beschlossen haben, die parallel mit der Waldstraße an der alten Elster hinführende Uferstraße mit dem Namen „**an der alten Elster**" zu belegen, bringen wir dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, den 4. Juli 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wilisch Ref.

Bekanntmachung.

Wegen Ausführung der Pflasterarbeiten auf dem zwischen der Eutritzscher und Blücherstraße gelegenen Tracte der Berliner Straße wird dieser Straßentheil bis auf Weiteres für den Fahrverkehr gesperrt.

Leipzig, den 8. Juli 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Wangemann

Bekanntmachung.

Der diesjährige **internationale Productenmarkt** in Leipzig wird
Montag, den 22. Juli d. J.
in den Räumen des alten Schützenhauses hier abgehalten.

Leipzig, den 27. Mai 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Messerschmidt.

Warum dem Volk die innere Politik des Fürsten nicht gefällt.*)

In der Reactionszeit hatte unsere Regierung, deren Parole es war, Courage nach innen und Feigheit nach außen zu zeigen, sich dem Volke so verächtlich gemacht, daß, als Fürst Bismarck später seine stolze und kühne auswärtige Politik einleitete, Niemand daran glauben wollte, daß es sich wirklich um das ehrliche Bestreben handelte, die deutsche Einheit durchzuführen. Nachdem wir die Schmach von Olmütz, welche uns die conservative Partei bereitete, erlebt hatten, konnte Jeder mit Recht verlangen, daß ihm erst Beweise gegeben werden müßten, ehe er daran glauben könnte, daß es wirklich im Werke wäre, unserer auswärtigen Politik einen Aufschwung zu geben und alte Schmach zu tilgen. Wenn bis dahin die eifrigsten Förderer der nationalen Idee in jeder Weise von der Regierung verfolgt, in die Verbannung getrieben oder in das Zuchthaus geworfen waren, wie hätte da das Volk den Muth gewinnen sollen, darauf zu bauen, daß die Regierung nunmehr wirklich Das selbst ausführen wolle, was sie bisher in dieser maßlosen und gehässigen Weise geächtet hatte?

Die Zweifler wurden, Gott sei Dank! eines Besseren belehrt. Der Boden, den die besten Männer des Volkes allen jenen Verfolgungen zum Trotz mit ausharrender Treue gepflügt hatten, trug der Politik des Fürsten Bismarck, der sich derselben mit staatsmännischem Geschick bemächtigte, tausendfältige Frucht, und die Bennigsen, Unruh und Genossen, die bis dahin das nationale Banner der Regierung gegenüber hoch gehalten hatten, erlebten den Triumph, daß Das von der Regierung ausgeführt wurde, was sie und ihre Vorgänger einer Welt voll Gefahren gegenüber vorbereitet hatten. Fürst Bismarck ist seitdem der populärste Mann der Welt, und unsere Nation wird ihm immerdar in Liebe und Dankbarkeit für seine unsterblichen Großthaten ergeben sein.

Und zwar wird sie diese Dankbarkeit ihm bewahren, trotzdem sie die vielen Fehler dieser großartig, aber bei aller Großartigkeit einseitig angelegten Persönlichkeit niemals übersehen hat und jetzt mehr als je wahrnehmen muß. Gerade weil der Reichskanzler ein so einheitlicher, geschlossener Charakter, gerade weil er wie aus einem Holze geschnitten ist, ist seine Wirksamkeit nach der einen Seite so fruchtbringend und aufbauend und nach der anderen nur Unruhe, Verwirrung und Zwiespalt bringend. In der kläglich verfahren gewesenen auswärtigen Politik war mächtigen und rücksichtslosen Feinden gegenüber sein gewaltthätiger Charakter an der rechten Stelle. Hier däuste er Erfolg auf Erfolg. Umgekehrt aber war es in der inneren Politik. Das eigene Volk mit denselben Mitteln einer Diplomatie zu behandeln, welche dem Auslande gegenüber sich so wirksam gezeigt hat, kann nicht zu demselben Ziele, sondern mußte schließlich dahin führen, wo wir uns jetzt befinden. Dem Volke war diese innere Politik niemals sympathisch und jetzt, wo es aufgerufen wird, Rückschau über dieselbe zu halten, hat es mehr als je die Empfindung, daß die Dinge, so wie sie bisher betrieben worden sind, nicht weiter gehen können. In der inneren Politik bietet sich eben für diplomatische Meisterschaft nur selten und dann auch nur vorübergehend ein geeignetes Feld. Es hat noch niemals zum Ziele geführt, wenn das Volk und einzelne Parteien des Volkes auf die Dauer nach demselben System behandelt werden, welches in der auswärtigen Politik am angebrachten Orte ist. „Entzweie und gebiete!" ist ein tüchtiges Wort für die letztere; für die innere Politik ist „Vereine und leite" ein besserer Hort. Von diesem ist doch wohl aber nicht immer ein ausgiebiger Gebrauch gemacht worden.

Es ist an der Zeit, daß man sich darüber aller-

*) Wir entnehmen diesen Artikel, der uns viel sehr Beherzigenswerthes zu enthalten scheint, der „Magdeb. Ztg.", welcher dessen weitere Verbreitung gewiß nur angenehm sein wird. D. Red.

wärts völlig klar werde, denn aus allen Winkeln und Höhlen kommen jetzt die Volksberather, welche die Schuld an der Unbehaglichkeit der Lage, in welcher wir uns befinden, Denen zuschieben wollen, die in Wirklichkeit von vorn herein diese Folgen vorausgesehen und vor denselben gewarnt haben, als es noch Zeit war, denselben mit leichter Mühe vorzubeugen. Wer es in Wirklichkeit war, der die socialdemokratische Partei herangezogen hat, darüber haben wir uns in der letzten Zeit den kecken Angriffen gegenüber, die von conservativer Seite gegen den Liberalismus geschleudert wurden, ausgesprochen, indem wir Thatsachen für uns reden ließen. Die liberalen Zeitungen haben von dem Tage an, wo Lassalle seine Agitation begann, unermüdlich auf die Gefahren derselben hingewiesen und wurden dafür mit dem ganzen Hasse dieses Agitators bedacht. Die conservativen Blätter dagegen haben bis in die neueste Zeit mit derselben Unverdrossenheit diese Agitation in jeder Weise offen und versteckt zu fördern sich bemüht; die Regierung aber trägt eine nicht geringe Mitschuld, in so fern sie den liberalen Mahnungen nicht Gehör gab. Und haben wir denn dasselbe Schauspiel nicht auch in der Volksvertretung erlebt, daß die liberale Seite beständig auf die Verderblichkeit und Verworfenheit der socialdemokratischen Umsturzideen hinwies, während die conservative nur Worte des Spottes und des Hohnes zur Antwort hatte? Schulze-Delitzsch war es, der von den Conservativen verhöhnt wurde, weil er sie und die Regierung gewarnt hatte, „die Bestie zu entfesseln", die in jeder Menschenbrust wohne. Die „Danz. Ztg." erinnert mit Recht daran: „Der verstorbene Twesten (nat.-lib.) erinnerte in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Februar 1865 an das Wort Benjamin Franklin's: „Wer den Arbeitern sagt, daß sie auf andere Weise als durch Arbeit und Sparsamkeit ihre Lage verbessern können, der ist ein Verführer des Volks (Beifall)." Twesten schloß seine Rede damals mit folgenden Worten, welche auf den Bänken der Liberalen lauten und anhaltenden Beifall fanden: „Wird aber der Versuch gemacht, aus thörichter Verbesserungssucht, oder um boshaft zu hetzen, durch communistische oder socialistische Hetzerei die Arbeiter in Bewegung zu bringen und die niederen Classen gegen die höheren aufzuhetzen, dann werden wir mit Franklin sagen: Wer Das thut, ist ein Verführer des Volks!" Der Abg. Dr Löwe prophezeite in der Sitzung vom 14. Februar 1865 u. A.: „Die Conservativen könnten leicht das Schicksal des Zauberlehrlings erfahren, so daß sie die heraufbeschworenen Geister nicht loswerden könnten. Die Prophezeiungen der Liberalen sind nun leider eingetroffen, die „Verführer des Volks" sind aber jetzt an der Arbeit, das Volk aufs Neue zu verführen. Die Socialdemokraten, die sie selbst uns und gegen uns großgezogen haben, wollen sie jetzt als ihr Kind nicht gelten lassen, sondern möchten es gern der liberalen Partei unterschieben. Das ist Betrug. Sie geben jetzt vor, die Socialdemokratie zu bekämpfen, das ist aber nur ein Vorwand, in Wirklichkeit kommt es ihnen jetzt wie damals nur auf ihre eigenen speciellen Parteizwecke und auf die Bekämpfung der Liberalen an. Die Regierung giebt als ihren Zweck an: die Sammlung der staatserhaltenden Elemente, und die „Nordd. Allg. Ztg." sagte darauf boshaft: Diese Sammlung der staatserhaltenden Elemente bestehe in dem Anschluß der „Liberalen an die Conservativen". Das ist eine Speculation auf die Dummheit des Angstphilisters, und wir werden ja sehen, wie groß diese Dummheit ist."

Sind denn alle diese Dinge nicht am hellen Tage an unseren Augen vorübergegangen, daß man sich unterfängt, dem Volke vorreden zu wollen, es würde, wenn es conservativ wählte, in eine glücklichere Lage kommen? In welche Lage es dann in Wirklichkeit gerathen würde, das kann sich Jeder, der nicht ganz im Finstern wandelt, wohl selbst sagen.

Und wie ist es mit der wirthschaftlichen Krisis? Zeigen sich hier nicht dieselben falschen Berather sehr geschäftig, das Volk in die Irre zu führen? Was müssen wir da täglich für ungereimte Anklagen hören, die von Jedem, der nur ein wenig fähig ist, Umschau im Auslande zu halten und Kritik zu üben, sofort in ihrer ganzen Nichtigkeit erkannt werden müssen. Wenn in der ganzen Welt, wenn in England, vor Allem aber in den Vereinigten Staaten von Amerika, die das ausgebildetste Schutzzollsystem seit langer Zeit genießen, Nothstand herrscht, wie kann man dann sagen, daß die liberalen Parteien oder ein Freihandelssystem die Schuld an unserem Nothstande haben? Auch hier sind es dieselben egoistischen Parteizwecke, welche diesen unwahren Anklagen Cours zu geben suchen. Schon Cavour hat mit seinem scharfen staatsmännischen Blicke die Aehnlichkeit, welche der Socialismus mit der rücksichtslosen Schutzzöllnerei habe, herausgefunden. Beide sind Geschwister und Genossen. Der extreme Schutzzoll beraubt ebenso die Allgemeinheit, um sich selber zu mästen, wie dies der Socialismus mit seinen Angriffen auf das Eigenthum thut. Und beide suchen mit ähnlichen Künsten dem Volk, das sie rupfen wollen, einzureden, sie wollten es eigentlich nur bereichern und in eine mit allen Glücksgütern gesegnete Lage bringen. Man muß das Volk in der That für sehr thöricht halten, wenn man meint, es davon überzeugen zu können, daß es nicht in seinem eigenen Interesse sei, unbehindert dorthin sich wenden zu können, wo es am billigsten kaufen kann.

Wir erleben in unserer inneren Politik beständige Krisen. Wenn die eine beendet ist, so stellt sich immer sofort die nächste ein. Jede Noth des Augenblicks bietet die Gelegenheit, um irgend welche Aenderungen in unserem staatlichen Leben vorzunehmen. Wir gelangen gar nicht mehr zur Ruhe. Wie man früher die Socialdemokratie hat gewähren lassen, so ermuthigt man heute diese radicale Schutzzöllnerei. Eine Partei nach der andern wird dabei abgewirthschaftet und von den freiwillig-gouvernementalen Blättern geschmäht und zu den Reichsfeinden geworfen; es herrscht eine allgemeine Unsicherheit, Niemand weiß mehr, woran er sich halten soll, die Regierungsinstanzen selbst, wie es scheint, am allerwenigsten. Minister kommen und gehen, man weiß nicht warum und weshalb. Falk, Friedenthal und Hobrecht sollen heute die Bürgschaft dafür bieten, daß eine Reaction nicht kommen werde, und dabei wissen wir, daß diese Minister eben auf dem Sprunge waren zurückzutreten, und daß Falk's Entlassungsgesuch auch heute noch im kaiserlichen Cabinet liegt. Morgen schon kann das Kaleidoskop unserer inneren Lage ein verändertes Bild zeigen, auf welchem wir andere Männer an der Stelle dieser Minister sehen. Wo soll das Alles schließlich noch hinaus? Wohin sollen wir noch gerathen? Wir halten es nicht für wohlgethan, daß die Regierung Nichts thut, um alle diese unerträglichen Hetzereien der anscheinend officiösen Presse rund heraus zu mißbilligen.

Für schlechte Zeiten, die in der ganzen Welt gleichmäßig oder in noch erhöhtem Maße herrschen (in Nordamerika ist der wirthschaftliche Zusammenbruch gradezu furchtbar; dort streifen, wie alle Kundigen übereinstimmend versichern, 2—2½ Millionen „Tramps", Landstreicher, brodlos im Lande umher), machen die Agrarier, Schutzzöllner ꝛc. hier plötzlich die angeblich liberalen Gesetze verantwortlich und die freiwillig-gouvernementale Gesellschaft bläst mit Macht ins Feuer und hetzt gegen die liberale Partei. Die Conservativen möchten sich wieder gern als die allein Königstreuen aufspielen, und je größer ihre Sündenlast ist, um so lauter rufen sie jetzt, daß sie schon seit Jahren hervorgehoben hätten, die Herrschaft der liberalen Doctrin müsse Zustände, wie sie heute vorhanden seien, schließlich herbeiführen! Die Herrschaft der liberalen Doctrin? Hören wir recht? Man sollte es doch nicht für möglich halten! Wann bestand sie denn? Hat nicht Fürst Bismarck diese ganze Zeit hindurch regiert, und zwar bekleidet mit einer Machtvollkommenheit, wie sie vordem keinem Minister je zu Gebote gestanden hat? Und trotzdem Herrschaft der liberalen Partei? Hat der Fürst nicht bei Berathung der Bundesverfassung, des Strafgesetzbuchs, der Maigesetze, der Justizgesetze, kurz bei allen wichtigen Verhandlungen immer gesagt: Das und Jenes kann die Regierung nicht gut heißen und wird sie nicht annehmen? Und hat er dann nicht immer gethan, was er gesagt hat? Halten die Conservativen den Reichskanzler wirklich für einen so großen Schwächling, der die Zügel der Regierung nicht in der Hand hält, daß sie nicht ihm allein die volle Verantwortung für den Gang, den unsere innere Politik genommen hat, überlassen wollen? Was ist das doch für eine einfältige Schnurre, daß die liberale Partei geherrscht habe und daß die liberalen Gesetze, die doch Bismarck gut geheißen und der Kaiser unterschrieben hat, zur Verantwortung zu ziehen seien! Unter welchem Regiment haben denn die Hödel und Genossen und alle die Socialdemokraten ihre Volksschulbildung empfangen und ihren orthodoxen Religionsunterricht erhalten, welcher den Hauptwerth auf das Auswendiglernen von 500 Bibelsprüchen legte, dagegen die Bildung des sittlichen Gefühls vernachlässigte? Die Wahrheit ist, daß die Früchte, die uns Allen jetzt so herbe schmecken, auf dem Beet der Raumer-Mühler'schen Schule gewachsen sind. Und es steht geschrieben in der heiligen Schrift: „An ihren Früchten soll man sie erkennen!"

Von allen Gesetzen, die jetzt plötzlich angeklagt werden, ist kaum eins der Initative der liberalen Partei entstammt, alle sind von der Regierung ausgearbeitet, dann vom Reichstag unter Mitwirkung aller Parteien berathen und festgestellt und schließlich vom Kaiser genehmigt und verkündigt worden. Ist also Etwas an diesen Gesetzen schlecht, so haben alle Theile gleichmäßig daran Schuld. Liegt es nun nicht auf der Hand, wie unwahr und gehässig die tückischen Anklagen der Freiwillig-Gouvernementalen sind?

Wir erleben in der inneren Politik in einem fort gewaltige Ansätze zu irgend einem ganz im Allgemeinen ins Auge gefaßten Ziel, die nicht zu diesem führen, weil dasselbe vorher nicht genügend geprüft worden ist. Es ist, als wollte Einer einen blauen Berggipfel ins Auge nehmen und direct in gerader Richtung auf denselben losgehen. Kommt der Wanderer näher, so öffnen sich ihm Abgründe, die ihm den Weg versperren. Aehnlich ist es mit dem großen Reichseisenbahnproject. Dasselbe wird angeregt, beunruhigt tausend Interessen, schädigt dadurch den Geldbeutel des Volkes und bleibt dann in der Luft hängen. Und wie steht's mit dem österreichischen Handelsvertrag? Die „Schles. Presse" erhebt darüber folgende Klage: „Es giebt Leute, welche die Erneuerung des Vertrages für nützlich, es giebt andere, welche dieselbe für schädlich halten. Die Einen haben Gründe, die Anderen haben Gründe; wir lassen dahingestellt, welche von Beiden die besseren Gründe haben. Darüber aber müssen Alle, vom radicalsten Freihändler bis zum extremen Schutzzöllner einig sein, daß die stete Unwissenheit über die Zukunft unserer Handelsbeziehungen zu Oesterreich das Verderblichste von Allem ist. Wiederholt sind wir in der Lage gewesen, daß alle Welt sich darauf rüstete, binnen einer Woche die altgewohnten Handelsbeziehungen über die österreichische Grenze abzubrechen, weil der bevorstehende Ablauf des Vertrages sie unmöglich machte. Dann erschien urplötzlich in der elften Stunde eine Bekanntmachung, welche mittheilte, daß eine Verlängerung auf eine Galgenfrist von sechs Monaten eingetreten sei. Trifft nun für diese Unsicherheit aller Verhältnisse den Reichstag oder die nationalliberale Partei auch nur der Schatten einer Mitschuld? Liegt es nicht ausschließlich in den Händen der Regierung, die Verhandlungen mit Oesterreich zu führen? Der Reichstag hat es sogar unterlassen, die Regierung durch eine Interpellation, durch eine Discussion zu incommodiren. Er hat ihr die völligste Freiheit gelassen, und die Regierung hat Nichts zu Stande gebracht, weil